H./X. 1914.

Ergänzung der Moratoriumsverordnung.

Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums wird die Stundungsverordnung in zwei Punkten abgeändert. Für die Wechsel, die am 14. Oktober 1914 ganz oder teilweise zahlbar werden, gilt die Präsentation zur Zahlung und die Protesterhebung als rechtzeitig, wenn sie innerhalb von sechs Werktagen nach dem Zahlungstage vorgenommen werden. In gleicher Weise wurde die Frist für die Benachrichtigung der Vormänner verlängert. Eine weitere Vorsorge erwies sich mit Rücksicht darauf als notwendig, daß die Gesetzgebung einzelner feindlicher Staaten unmittelbar und mittelbar Zahlungen in das Gebiet der österr. ugarischen Monarchie verbietet. Gegen die Geltendmachung von Forderungen der Angehörigen solcher Staaten bieten zwar im allgemeinen die Bestimmungen des § 33 A. B. G. B. und des § 20 der Stundungsverordnung hinreichenden Schutz. Da dieser Schutz jedoch versagt, wenn Wechsel oder Schecks, die im feindlichen Staate zahlbar sind, an eine Person weitergegeben werden, die einem neutralen Staate angehört, schien es nötig, den § 20 der Stundungsverordnung durch einen Zusatz zu ergänzen, der für solche Fälle in Anwendung des Vergeltungsrechtes die Zahlung verbietet.